

Neues Deutschland, 5.10.2020

<http://epaper.neues-deutschland.de/eweb/nd/2020/10/05/a/5/1551965/>



Das hat unsere Regierung gemacht. Beirut wird wieder aufstehen. Foto: Karin Leukefeld, September 2020.

## Wettlauf um den Libanon

### USA und Frankreich kämpfen um Ausweitung ihrer Einflussosphäre

**Die Libanesen tragen schwer an den Folgen von Korruption, Wirtschafts- und Bankenkrise, Geldverlust und internationaler Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres kleinen Landes. Die Hafenexplosion kommt erschwerend hinzu.**

Karin Leukefeld, Beirut

Wegen anhaltend hoher Infektionsraten verhängte das Innenministerium im Libanon am Sonntag erneut umfassende Schließungen für 111 Städte und Dörfer. Die Maßnahme gilt bis zum 12. Oktober. Schon bisher führen die von der Weltgesundheitsorganisation international verhängten Maßnahmen, mit denen die Infektionskrankheit Covid-19 eingedämmt werden soll, zu verheerenden Folgen in Bildung und Handel.

Ob am Montag wie geplant nach sieben Monaten endlich die Schulen wieder öffnen werden, ist unklar. Er wüsche sich so sehr, endlich wieder in die Schule gehen zu können, sagt der zwölfjährige Karim dem »nd«. Der Junge lebt in einem Dorf in der Provinz Nabatiyeh. Sein Englisch ist ausgezeichnet, er lernt die Sprache seit dem Kindergarten. An dem digitalen Unterricht konnte er nur

beschränkt teilnehmen, weil er keinen eigenen Computer zu Hause hat und häufige Stromausfälle die Internetverbindungen über das Handy behindern. »Die Schule fehlt mir sehr, sie ist mein zweites Zuhause.«

Ungeachtet der Alltagsorgen der Libanesen findet seit der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020 ein hemmungsloser Wettlauf zwischen Frankreich und den USA statt, die jeweils ihren Einfluss ausweiten wollen. Die USA nutzen die Schwäche des Landes, um die libanesische Hisbollah zu bekämpfen und damit die Interessen Israels zu stärken. Der französische Präsident Emmanuel Macron knüpft an die französische Mandatszeit (1920-1946) an, um das Land in der französisch-europäischen Interessensphäre des östlichen Mittelmeerraums zu halten.

Hisbollahführer Hassan Nasrallah wies kürzlich Äußerungen Macrons zurück und erklärte, man habe zunächst die politische Initiative für eine Regierungsbildung von Macron begrüßt. Man begrüße den französischen Präsidenten, aber »nicht als öffentlichen Ankläger, Ermittler, Richter, Aussteller von Beurteilungen, Vollmachten oder Machthabern im Libanon.« Die Hisbollah kämpfe seit langem für Reformen, die Libanesen hätten das Recht, sich selber zu regieren.

Die USA erhöhen den Druck auf die Hisbollah, die militärisch den Süden des Landes gegen weitere Invasionen Israels schützt und politisch in Parlament und Regierung vertreten ist. Ministerposten besetzt die Hisbollah meist mit sachkundigen Verbündeten. Hisbollah ebenso wie die Amal Bewegung beanspruchen das Finanzministerium, das ihnen die Möglichkeit der »4. Unterschrift« sichert, wie es in einem Artikel der »L'Orient de Jour« vor wenigen Tagen erläutert wurde. Fast alle Erlasse müssen vom Finanzministerium per Unterschrift gebilligt werden. Mit der Besetzung des Finanzministers sichern die libanesischen Schiiten sich ein Recht, das ihnen von Verfassung und Gewohnheitsrecht bis heute vorenthalten wird.

Anfang September wurden zwei Minister des Parteienbündnisses um die Hisbollah, darunter auch ein ehemaliger Finanzminister, mit US-Sanktionen bestraft. Nun wollen Kongressabgeordnete in den USA per Gesetz den gesamten Finanzverkehr in Gebieten verbieten, die angeblich »unter der Kontrolle der Terrororganisation stehen«, wie der US-Kongressabgeordnete Joe Wilson erläuterte. Es würden die »schärfsten Sanktionen gegen die Hisbollah, die der Kongress jemals verhängt« habe, erläuterte Wilson am vergangenen Freitag bei der Vorstellung der Gesetzesinitiative in Washington. Der Entwurf muss Senat und Kongress passieren, um vom US-Präsidenten dann unterschrieben zu werden. Die vermutlich betroffenen Gebiete seien »Südlibanon und Lateinamerika«, so Wilson.

Die Überweisungen der im Ausland lebenden Libanesen umfassen rund 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Zedernstaates. Allein 2019 überwiesen Libanesen weltweit an ihre Familien 7,5 Milliarden US-Dollar, wie eine Untersuchung der Weltbank zeigte. Ein Großteil des Geldes verschwand allerdings in der Finanzkrise in der libanesischen Zentralbank und wird den eigentlichen Empfängern vorenthalten. Über den Direktor der Zentralbank Riad Salameh halten sowohl die USA als auch Frankreich weiterhin ihre schützende Hand.